

Verhütungsmittel für arme Frauen: Kirche stoppt SKFM

Katholischer Träger darf sich nicht an neuem Hilfsfonds beteiligen.

Von Alexander Schulte

Gesundheits- und sozialpolitisch war dieser Punkt im Fachausschuss vollkommen unstrittig: Die Stadt legt einen neuen Verhütungsmittelfonds für Frauen mit geringem Einkommen auf. Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel von 80 000 Euro werden an vier Träger von Schwangerschaftsberatungsstellen in Düsseldorf verteilt: Diakonie, Pro Familia, Frauen beraten/ Donum vitae und an das Gesundheitsamt. Denn Untersuchungen haben gezeigt, dass sozial schwache Frauen zu oft ungewollt schwanger werden, weil sie nicht verhütet haben – und dann kommt es immer wieder auch zu Abtreibungen. Eigentlich wollte sich auch der Sozialdienst katholischer Frauen und Männer (SKFM) an dem Projekt beteiligen, zumal der SKFM zu den ältesten Beratungsstellen für Schwangere in Düsseldorf überhaupt gehört. Doch in letzter Sekunde zog man die Bewerbung beim Gesundheitsamt zurück – und zwar unfreiwillig,



Andreas Paul Stieber von der CDU.
Foto: Laurence Chaperon

nämlich auf Geheiß des Diözesan-Caritasverbandes in Köln. Auf WZ-Nachfrage bestätigt SKFM-Geschäftsführer Heinz-Werner Schnittker: „Wir hätten bei dem Fonds sehr gerne mitgemacht, durften es aber leider nicht.“ Schnittker verhehlt seine Enttäuschung nicht, denn es sei zweifellos sehr hilfreich, wenn sich auch ärmere Frauen Verhütungsmittel leisten könnten, insbesondere weil so Abtreibungen vermieden werden könnten. Deutlicher wird Andreas Paul

Stieber (CDU), der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit (AGS): „Diese Haltung, die da offenkundig beim Erzbistum Köln und beim Caritasverband immer noch vorherrscht, ist absolut kontraproduktiv und geht an der Lebensrealität vorbei. Eine Familienpolitik ohne Verhütungsmittel anzustreben, ist einfach längst nicht mehr angemessen.“

Ein Sprecher des Diözesan-Caritasverband in Köln bestätigt auf Nachfrage, dass man Organisationen wie dem SKFM zwar nicht verboten, aber in der Tat davon abgeraten habe, sich an einer aktiven Ausgabe von Verhütungsmitteln zu beteiligen, da dies nicht mit Grundsätzen des Verbandes vereinbar sei. Man sei indes nicht weltfremd und insofern sprächen die Kollegen in der Caritas-Schwangerenberatung „Esperanza“ mit Ratsuchenden natürlich auch über Verhütung und man unterstütze bedürftige Frauen anderweitig auch finanziell, wolle aber nicht zu einer „Ausgabestelle“ von Verhütungsmitteln werden.